



Policy Brief #2021/04

Thieß Petersen

Kommt nun die Inflation?

Im Oktober 2021 waren die Preise, die die Verbraucher:innen in Deutschland zahlen mussten, 4,5 Prozent höher als im Oktober 2020. Das ist die höchste Inflationsrate in Deutschland seit August 1993. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vor allem mit der Coronapandemie verbunden und als solche temporärer Natur. Langfristig können aber die globale demografische Entwicklung sowie zwingend erforderliche Maßnahmen zum Klimaschutz die Verbraucherpreise steigen lassen. Die Digitalisierung und andere Innovationen wirken diesen inflationären Tendenzen entgegen.

Inflation – worum geht es?

Inflation beschreibt einen Zustand, in dem die Preise für Güter – allen voran für Konsumgüter – im Laufe der Zeit steigen. In marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften kommt es zu einem Anstieg der Preise, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern größer ist als deren Angebot. Ökonomen und Ökonominen sprechen in diesem Fall von einem Nachfrageüberhang. Wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage hingegen geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Güterangebot, kommt es zu sinkenden Preisen, also einer Deflation.

Neben diesen nachfrageseitigen Inflationstendenzen gibt es auch angebotsseitige Inflationsursachen. Sie resultieren aus steigenden Produktionskosten. Sofern diese am Markt durchgesetzt werden können, steigen die zu zahlenden Preise, was eine inflationäre Wirkung hat.

Die Bedeutung des Verhältnisses von Güternachfrage zu Güterangebot zeigt sich besonders deutlich in Phasen wirtschaftlicher Krisen, weil es dann zu abrupten Angebots- und Nachfrageänderungen kommt. Beispiele sind die globale Finanz- und Wirtschaftskrise nach der Lehman-Pleite im September 2008 und die durch die

Coronapandemie ausgelöste Weltwirtschaftskrise. Derartige Wirtschaftskrisen führen u. a. dazu, dass private Haushalte ihre Konsumausgaben reduzieren. Sie tun dies entweder freiwillig, weil sie Ersparnisse für eine unsichere Zukunft bilden, oder unfreiwillig, weil sie ihren Arbeitsplatz verlieren und daher nur noch über ein geringeres Einkommen verfügen. Wie Abbildung 1 zeigt, sind die Verbraucherpreise in Deutschland mit dem jeweiligen Ausbruch der beiden genannten Krisen spürbar schwächer gestiegen als vor dem jeweiligen Ausbruch. Phasenweise gab es sogar einen Rückgang der Preise, also eine Deflation – die Veränderungsrate der Verbraucherpreise hatte ein negatives Vorzeichen.

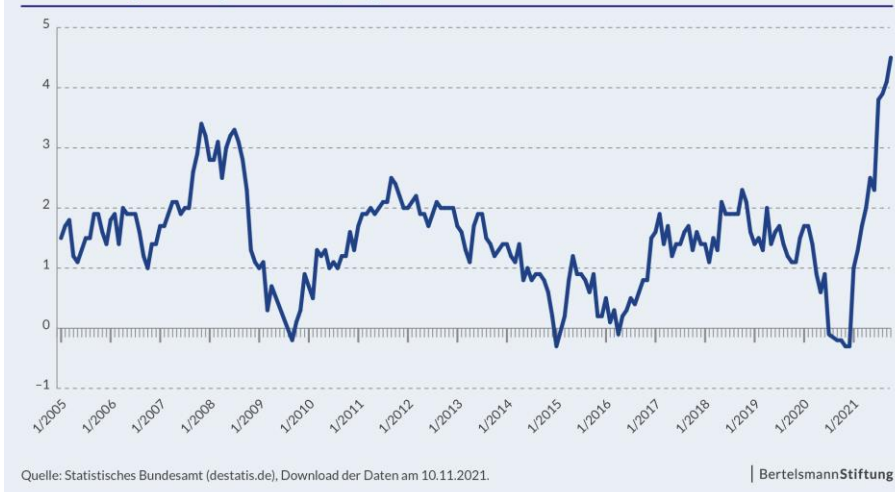
Angebot in der Phase der wirtschaftlichen Erholung – zumindest temporär – größer ist als nach dem Ausklingen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09.

Inflationstreiber in der Coronapandemie

Für das starke Ansteigen der Verbraucherpreise gibt es eine Reihe von Ursachen. Dazu gehören zunächst einmal technische Gründe: Unmittelbar nach Ausbruch der Coronapandemie in Europa und den USA kam es dort zu einem spürbaren Rückgang der Konsumgüternachfrage. Die Einschränkung von zwischenmenschlichen Kontakten zur Eindämmung der Infektionszahlen hielt viele Menschen von den Geschäften in den Innenstädten fern. Privatpersonen verzichteten zudem auf geplante Güterkäufe, um so Ersparnisse für eine ungewisse Zukunft zu bilden. Und die Unterbrechung des internationalen Handels ließ die Exportgüternachfrage einbrechen.

Unternehmen passen sich an Nachfragerückgänge an und verringern ihre Produktion – und damit auch die Nachfrage nach Rohstoffen, allen voran fossilen Brennstoffen. Deren Preise gingen daher mit Ausbruch der Coronapandemie zurück, vor allem im März und April 2020. Als die Preise mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wieder steigen, sind sie in den gleichen Monaten des Jahres 2021 deutlich höher, was zu einem entsprechend starken Preisanstieg führt, der jedoch lediglich ein statistischer Sonder- bzw. Einmaleffekt ist. Exemplarisch zeigt sich dies am Beispiel des Preises für Superbenzin in Deutschland zwischen Februar und Oktober 2021 (siehe Tabelle 1).

Abbildung 1: Entwicklung der monatlichen Verbraucherpreise in Deutschland seit 2005, Veränderung zum Vorjahresmonat, Angaben in Prozent



Gleichzeitig zeigt Abbildung 1, dass es mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivitäten zu einem stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise kommt. Auch wenn das grundsätzliche Muster der Verbraucherpreisentwicklung in den beiden Wirtschaftskrisen ähnlich ist, zeigt sich, dass der Preisanstieg nach der Coronapandemie spürbar stärker ist als nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem

sich an Nachfragerückgänge an und verringern ihre Produktion – und damit auch die Nachfrage nach Rohstoffen, allen voran fossilen Brennstoffen. Deren Preise gingen daher mit Ausbruch der Coronapandemie zurück, vor allem im März und April 2020. Als die Preise mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wieder steigen, sind sie in den gleichen Monaten des Jahres 2021 deutlich höher, was zu einem entsprechend starken Preisanstieg führt, der jedoch lediglich ein statistischer Sonder- bzw. Einmaleffekt ist. Exemplarisch

Tabelle 1: Entwicklung des Preises für Superbenzin in Deutschland (Euro je Hektoliter)

	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
2020	109,60	94,63	85,72	88,22	94,05	98,08	98,04	95,84	97,14
2021	109,49	116,43	116,92	116,92	118,39	122,77	122,93	124,31	132,91
Veränderung	-0,1%	+23,0%	+36,4%	+32,5%	+25,9%	+25,2%	+25,4%	+29,7%	+36,8%

Quelle: Statistisches Bundesamt 2021: 51. Die Preise enthalten die jeweils gültige Energiesteuer und den Erdölbevorratungsbeitrag, die Umsatzsteuer ist dagegen ausgeschlossen.

| BertelsmannStiftung

Ein weiterer technischer Grund liegt in der Absenkung der Mehrwertsteuer in Deutschland zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2020. Nach dem Auslaufen dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme kommt es einmalig zu entsprechend höheren Preisen in den Monaten Juli bis Dezember 2021.

Ein zweiter Grund für die hohe Inflation betrifft die Nachfrage nach Gütern. Der wirtschaftliche Aufholprozess seit Herbst 2020 führt zu einer Steigerung der Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungen, deren Preise steigen somit. Hinzu kommt, dass mit dem Ausbruch der Coronapandemie Vorleistungen aus China bzw. Asien ausblieben. Sofern Unternehmen in Deutschland mit Lagervorräten arbeiten, wurden diese aufgebraucht. Die Wiederauffüllung dieser Vorräte bewirkt einen zusätzlichen Nachfrageschub nach Rohstoffen und Vorleistungen. Schließlich ist an die staatlichen Konjunkturpakete zu denken, die die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage ankurbeln und damit nachfrageseitig inflationär wirken.

Drittens ist auch die Angebotsseite zu berücksichtigen. Wegen des Nachfrageausfalls mit Ausbruch der Coronapandemie haben Unternehmen – zumindest teilweise – ihre Produktionskapazitäten heruntergefahren, also Beschäftigte entlassen und Investitionen zurückgefahren. Diese Kapazitäten lassen sich nicht immer sofort wieder hochfahren – die Beschäftigten haben sich möglicherweise neue Jobs gesucht und stehen ihren ursprünglichen Arbeitgeber:innen nicht mehr zur Verfügung. Das Angebot der Unternehmen kann also nicht sofort an die höhere Nachfrage angepasst werden. Der daraus resultierende Nachfrageüberhang wirkt preisniveauerhöhend. Dies gilt für Endprodukte ebenso wie für Vorleistungen und Rohstoffe.

Und selbst wenn die Rohstoffe, Vorleistungen und Endprodukte bereitstehen, können sie nicht immer zeitnah zu den Orten transportiert werden,

wo sie benötigt werden. Das betrifft z. B. die Verfügbarkeit von Containern: Vor allem in Asien fehlen immer wieder Hafentarbeiter:innen wegen coronabedingter Quarantäne. Container können somit nicht entladen werden und stehen deshalb nicht für weitere Transporte zur Verfügung. Damit fehlen Container bzw. sie sind am falschen Ort. Auch die Verfügbarkeit von Transportschiffen ist gestört: Eine coronabedingte verzögerte Wartung von Schiffen lässt die Gefahr von Ausfällen auf hoher See steigen. Dies alles führt zu Lieferengpässen in Deutschland und Europa. Verschärft wurden diese Entwicklungen durch die Blockade des Suezkanals durch das Containerschiff „Ever Given“ im Frühjahr 2021. Alle diese Störungen der weltweiten Transportwege gab es nach der Lehman-Pleite nicht, daher sind nun auch die Anstiege der Verbraucherpreise höher als 2009/2010.

Die Unterbrechung der globalen Lieferketten – sowohl durch Produktionsausfälle als auch durch Störung der Transporte – ist jedoch nur ein temporäres Phänomen, das sich im Laufe des Jahres 2022 abschwächen sollte. Dies zeigt ein Blick auf die wichtigsten Konjunkturprognosen für Deutschland seit dem 1. September 2021 und die entsprechenden Vorhersagen zur Entwicklung der Verbraucherpreise bis 2023 (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Prognosen zur Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland, Veränderung jeweils zum Vorjahr in Prozent

Institution	Veröffentlichung	2020	2021	2022	2023
Sachverständigenrat	11.11.2021		+3,0	+2,4	--
Gemeinschaftsdiagnose	14.10.2021		+3,0	+2,5	+1,7
International Monetary Fund	12.10.2021		+2,9	+1,5	+1,4
RWI Essen	30.09.2021		+3,0	+2,4	+1,6
Institut für Weltwirtschaft Kiel	23.09.2021	+0,5	+2,9	+2,6	+1,9
ifo München	22.09.2021		+3,0	+2,3	+1,6
DIW Berlin	16.09.2021		+3,0	+2,0	+1,7
IW Halle	14.09.2021		+2,9	+2,6	+1,7
HWWI Hamburg	01.09.2021		+2,8	+2,0	--

Quellen: Jeweils aktuelle Konjunkturprognose der genannten Institutionen. | BertelsmannStiftung

Das bedeutet jedoch nicht, dass das Thema Inflation damit dauerhaft von der wirtschaftspolitischen Agenda verschwindet. Der weltweite demografische Wandel – d. h. eine wachsende und gleichzeitig älter werdende Weltbevölkerung –, der Klimawandel, die Verteuerung emissionshaltiger Aktivitäten im Zuge des Klimaschutzes und Deglobalisierungstendenzen dürften in den

nächsten Jahrzehnten zu tendenziell steigenden Güterpreisen führen.

Inflationstreiber in der langen Frist

#1 Globale demografische Entwicklung

In den nächsten Jahrzehnten wird die Weltbevölkerung weiter wachsen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen ist zwischen 2019 und 2050 mit einem Anstieg der auf der Welt lebenden Menschen von rund 7,7 auf 9,7 Milliarden zu rechnen (vgl. United Nations 2019).

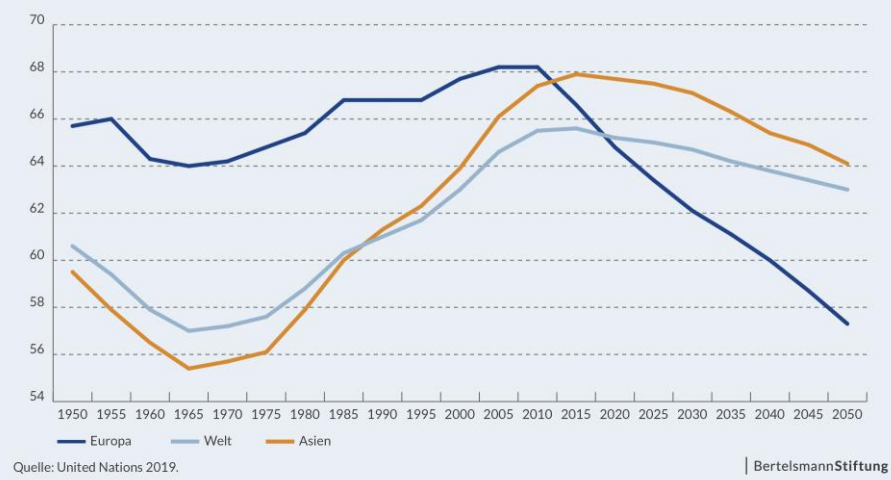
Eine wachsende Weltbevölkerung bedeutet eine wachsende Nachfrage nach Konsumgütern. In den Bereichen, in denen wegen natürlicher Grenzen der verfügbaren Ressourcen keine beliebig hohe Ausweitung des Angebots möglich ist, kommt es zu einem Nachfrageüberhang mit inflationären Tendenzen. Dies betrifft vor allem den Produktionsfaktor Boden und damit die Herstellung von Nahrungsmitteln sowie die Bereitstellung von Wohnraum.

Ein zweiter Aspekt des globalen demografischen Wandels betrifft die Alterung der Bevölkerung. Sie äußert sich u. a. darin, dass das zahlenmäßige Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter zu Personen, die altersbedingt nicht mehr arbeiten, perspektivisch sinkt. Für sich genommen bedeutet das: Eine sinkende Zahl von Menschen im Produktionsprozess trifft auf eine wachsende Zahl von Menschen, die konsumieren, aber nicht produzieren. Daraus resultiert ein tendenzieller Nachfrageüberhang auf dem Gütermarkt, der für höhere Inflationsraten sorgt. Alternativ lässt sich ein alterungsbedingter Inflationsdruck wie folgt erklären: Erwerbstätige haben ein höheres verfügbares Einkommen als Rentner:innen (und Kinder bzw. Jugendliche),

also haben sie auch eine höhere Sparquote als Rentner:innen. Sparen bedeutet einen Nachfrageausfall und wirkt deflationär. Ein steigender Anteil von Menschen im Rentenalter bedeutet eine sinkende Sparquote, also eine höhere Güternachfrage – und wirkt damit inflationär (vgl. Petersen 2020: 8–14).

Zwischen 1965 und 2010/2015 ist der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter (also der 15- bis 64-Jährigen) an der Weltbevölkerung von rund 57 auf 65,5 Prozent gestiegen (siehe Abb. 2). Dies wirkt für sich genommen preisniveausenkend. Ab 2015 geht dieser Anteil leicht zurück, was preisniveauerhöhend wirkt. In Europa fällt die so gemessene Alterung der Bevölkerung spürbar stärker aus: Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt von rund 68 Prozent im Jahr 2010 auf rund 57 Prozent im Jahr 2050. Das bedeutet einen zunehmenden Inflationsdruck.

Abbildung 2: Entwicklung des Anteils der 15- bis 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 2050 in der Welt, in Europa und in Asien, Angaben in Prozent



Der weltweite Rückgang des Anteils der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung bedeutet darüber hinaus einen Arbeitskräftemangel. Der Nachfrageüberhang auf dem Arbeitsmarkt bewirkt einen tendenziellen Lohnanstieg, der die Produktionskosten steigen lässt – und damit auch die Preise, die die Verbraucher:innen zahlen müssen. Gleichzeitig bedeutet ein Arbeitskräftemangel, dass die Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft geringer werden. Auch das bewirkt einen Anstieg der Verbraucherpreise.

#2 Klimawandel und Dekarbonisierung

Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen verlangt u. a. höhere Preise für diese Emissionen, entweder durch eine Mengensteuer oder einen Preis für Emissionszertifikate. Emissionshaltige Produkte und Aktivitäten werden deshalb teurer. Die – aus wohlfahrtstheoretischen Erwägungen zwingend erforderliche – Erhöhung des Preises für den Ausstoß von Treibhausgasemissionen erhöht die Produktionskosten und damit die Güterpreise. Das wirkt inflationär – zumindest solange noch keine emissionsfreien Produktionstechnologien existieren.

Ein höherer Inflationsdruck ergibt sich zudem, wenn zur Verringerung des Einsatzes fossiler Energieträger auf den verstärkten Einsatz von Biokraftstoffen ausgewichen wird. Die Folge ist eine höhere Nachfrage nach Getreide, Pflanzenölen, Sojabohnen, Mais und anderen Agrarprodukten. Dies bedeutet, dass landwirtschaftliche Produkte z. T. nicht mehr für die Ernährung der Menschen zur Verfügung stehen. Die zusätzliche Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten als Substitut für fossile Kraftstoffe führt zu höheren Preisen für diese Agrarprodukte, denn sie verringert das Angebot an Nahrungsmitteln. In Kombination mit einer wachsenden Weltbevölkerung bedeutet das steigende Preise für Nahrungsmittel und damit eine höhere Inflationsrate.

Schließlich ist im Kontext des Klimawandels noch auf dessen negativen Effekt auf die Nahrungsmittelproduktion hinzuweisen. Im Zuge des Klimawandels sind zunehmende Wetterextreme, z. B. Hitzewellen, Dürren, Stürme und Überflutungen, zu erwarten. Diese Ereignisse führen zu Ernteeinbußen. Zudem ist davon auszugehen, dass eine steigende globale Durchschnittstemperatur in den meisten Regionen der Welt – vor allem im globalen Süden – die Ernteerträge reduzieren wird (vgl. Nicoll 2016: 342). Die damit einhergehende Dämpfung des Angebots an Nahrungsmitteln verschärft den Nachfrageüberhang nach diesen Produkten und erhöht somit deren Preise.

#3 Deglobalisierung

Die internationale Arbeitsteilung der letzten Jahrzehnte hat einen inflationshemmenden Effekt. Unternehmen können preiswertere Vorleistungen und Einzelteile aus dem Ausland importieren und so ihre Produktionskosten reduzieren. Das bedeutet eine angebotsseitige Preisniveaudämpfung. Verbraucher:innen können einheimische Konsumgüter durch preiswertere Angebote aus dem Ausland ersetzen. Dadurch sinkt das Niveau der Verbraucherpreise.

Höhere Emissionspreise im Kontext des Klimaschutzes verteuern die Transportkosten des grenzüberschreitenden Handels mit physischen Produkten. Damit verlieren einige Formen der internationalen Arbeitsteilung ihre betriebswirtschaftliche Vorteilhaftigkeit: Wenn der Zuwachs der Transportkosten größer ist als der Preisunterschied zwischen dem preiswerteren ausländischen und dem teureren inländischen Produkt, unterbleibt ein Import – und das bedeutet den Verzicht auf die Kosten- und Preisvorteile der internationalen Arbeitsteilung. Die Folge sind höhere Preise für Konsumgüter, also inflationäre Tendenzen.

Ein weiterer Deglobalisierungsschub kann sich aus der Unterbrechung der globalen Lieferketten im Zuge der Coronapandemie ergeben. Das temporäre Fehlen von Vorleistungen und Endprodukten aus dem Ausland lässt in der gesellschaftspolitischen Debatte verstärkt Forderungen laut werden, die Abhängigkeit vom Import besonders wichtiger Produkte – also z. B. von Medikamenten, medizinischen Geräten und anderen lebenswichtigen Produkten – zu verringern (vgl. Flach und Steininger 2020: 17). Ein Vorschlag ist eine Rückverlagerung der Produktion aus Niedriglohnländern nach Deutschland bzw. Europa. Sollten sich diese Wünsche durchsetzen, käme es zu einer Renationalisierung der Produktion – also wiederum zu einer Deglobalisierungstendenz mit den schon erwähnten inflationären Implikationen wegen des Verzichts auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung.

Nicht vergessen werden dürfen zudem die Störungen des internationalen Handels durch protektionistische Maßnahmen. Sie haben ebenfalls zur Folge, dass auf Preisvorteile der internationalen Arbeitsteilung verzichtet wird. Zwar gibt es in der jüngsten Vergangenheit Anzeichen der Entspannung im Bereich der globalen Handelsstreitigkeiten. So haben die USA und die EU ihren Streit über US-Sonderzölle auf europäische Stahl- und Aluminiumexporte Ende Oktober 2021 vorläufig beigelegt. Im Gegenzug sagte die EU zu, auf Vergeltungszölle, z. B. auf Whiskey oder Motorräder, zu verzichten. Dennoch sind zukünftige Handelsstreitigkeiten nicht ausgeschlossen. Das betrifft vor allem das Verhältnis zwischen den USA und China, bei dem es längst nicht nur um Handelsstreitigkeiten geht, sondern um die globale Technologieführerschaft. Generell ist zu befürchten, dass die großen Volkswirtschaften – allen voran wiederum die USA und China – in der Zukunft verstärkt handelspolitische Instrumente einsetzen, um damit (außen-)politische Ziele zu erreichen. Das Arsenal der Maßnahmen reicht über Zölle und nicht tarifäre Handelshemmnisse hinaus und umfasst auch Sanktionen, Exportbeschränkungen und Exportverbote (vgl. Görg und Kamin 2021: 854 f.).

Digitalisierung als inflationshemmender Faktor

Um den genannten inflationserhöhenden Effekten entgegenzuwirken, bietet sich der verstärkte Einsatz digitaler Technologien an. Hier ist vor allem an drei inflationsdämpfende Effekte zu denken.

Erstens: Der Einsatz digitaler Technologien bewirkt eine generelle Optimierung von Geschäftsprozessen und reduziert so Produktionskosten. Die Liste möglicher Einsatzbereiche ist umfangreich, dazu nur ein Beispiel: In der Landwirtschaft können digitale Technologien eingesetzt werden, um das Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie die Bewässerung bedarfsgerecht zu steuern. Drohnen und satellitengesteuerte landwirtschaftliche Maschinen sorgen für eine punktgenaue Verteilung der erforderlichen

Mengen an Düngemitteln, Pestiziden, Unkrautbekämpfungsmitteln etc. Der entsprechende Ressourceneinsatz wird minimiert, weil es zu keiner Verschwendung mehr kommt. Zudem führen diese Maßnahmen zu einem höheren Ernteertrag. Dies alles wirkt produktivitätssteigernd und damit preissenkend (vgl. Petersen und Rausch 2021: 27). Digitale Technologien bewirken folglich eine höhere Ressourcenproduktivität. Das reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energien und emissionshaltigen Vorleistungen – die aus Gründen des Klimaschutzes erforderlichen höheren Preise für Treibhausgasemissionen fallen weniger schwer ins Gewicht.

Zweitens: Der verstärkte Einsatz von Maschinen, Robotern und digitalen Technologien ist eine Möglichkeit, um dem alterungsbedingten Arbeitskräftemangel zu begegnen. Wenn dadurch fehlende Arbeitskräfte ersetzt werden können, reduziert dies den Nachfrageüberhang auf dem Arbeitsmarkt – und damit auch den Lohnanstieg, der über steigende Produktionskosten zu höheren Verbraucherpreisen führt.

Drittens: Wenn digitale Technologien und Maschinen menschliche Arbeitskräfte ersetzen, federt das die inflationserhöhenden Effekte der Deglobalisierung ab. Die Digitalisierung senkt dann die Produktionskosten in Deutschland und verringert so den Preisnachteil, den Deutschland gegenüber Niedriglohnländern bei der Herstellung arbeitsintensiv produzierter Güter hat.

Neben den technologischen Innovationen ist auch an organisatorische Innovationen zu denken, z. B. an die Sharing Economy. Auch dazu nur ein Beispiel: Wenn sich im Rahmen des Carsharings vier Personen, die bisher jeweils ein eigenes Auto besaßen, nun einen Pkw teilen, sinkt die Pkw-Nachfrage von vier auf eins. Die sinkende Nachfrage wirkt inflationsdämpfend.

Ausblick

Inflation, also steigende Preise, sind letztendlich ein Ausdruck von realen Knappheiten, d. h., die Nachfrage nach Gütern, Rohstoffen oder Produktionsfaktoren ist größer als das zur Verfü-

gung stehende Angebot. Wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dadurch gesteigert wird, dass die Zentralbanken viele Kredite zu niedrigen Zinsen vergeben, lässt sich die daraus resultierende Inflation durch eine restriktivere Geldpolitik bekämpfen. Darüber hinaus ist eine restriktive Geldpolitik grundsätzlich auch in der Lage, Preisniveausteigerungen abzumildern, die nicht auf eine vorherige expansive Geldpolitik zurückzuführen sind. Allerdings bedeuten die dafür erforderlichen höheren Zinsen eine Verringerung der Investitionen, was sich negativ auf Produktion und Beschäftigung auswirkt.

Kommt es auch ohne eine lockere Geldpolitik der Zentralbanken zu steigenden Güterpreisen, lässt sich die Lücke zwischen Güternachfrage und -angebot durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen schließen. Dies setzt entsprechende Innovationen voraus – eine erfolgreiche Innovationspolitik ist dann gleichzeitig eine Antiinflationpolitik.

Literatur

Flach, L., und M. Steininger (2020). „Globalisierung nach Covid-19: Die Folgen der Pandemie für die deutsche Wirtschaft“. *ifo Schnelldienst* (73) 7/2020. 17–23.

Görg, H., und K. Kamin (2021). „Globalisierung trifft Geoökonomie“. *Wirtschaftsdienst* (101) 11/2021. 854–857.

Nicoll, N. (2016). *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte*. Marburg.

Petersen, T. (2020). „Alterung, Inflation und internationale Wettbewerbsfähigkeit“. *GED Diskussionspapier*. Gütersloh.

Petersen, T., und T. Rausch (2021). „Klimawandel abbremsen – CO₂-Preise und digitale Innovation als Chance“. *Megatrend-Report #03 der Bertelsmann Stiftung*. Gütersloh.

Statistisches Bundesamt (2021). *Preise: Erzeugerpreise gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz), Preise für leichtes Heizöl, Motorenbenzin und Dieselmotorenkraftstoffe – Lange Reihen ab 1976 bis Oktober 2021*. Wiesbaden.

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019). *World Population Prospects 2019, Online Edition*. Rev. 1.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Armando Garcia Schmidt
Telefon: +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © photoschmidt - stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Thieß Petersen
Programm Megatrends
Bertelsmann Stiftung
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81 81218

ISSN: 2191-2459